

Was hat die Washington Post tatsächlich über einen angeblich geplanten Abzug von US-Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland berichtet?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 093/18 – 02.07.18

Wegen Trumps Streit mit Europa prüft seine Regierung die Kosten, die ein Verbleib der gegenwärtig in Deutschland stationierten US-Truppen verursacht

Von John Hudson, Paul Sonne, Karen DeYoung und Josh Dawsey
Washington Post, 29.06.18

(https://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-assessing-cost-of-keeping-troops-in-germany-as-trump-battles-with-europe/2018/06/29/94689094-ca9f-490c-b3be-b135970de3fc_story.html?utm_term=.4752434ad813)

Nach Aussagen von Insidern analysiert das Pentagon gerade die Kosten und Auswirkungen, die ein weitgehender Abzug oder eine Verlegung der in Deutschland stationierten US-Truppen zur Folge hätten – in einer Zeit wachsender Spannungen zwischen dem US-Präsidenten Trump und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel.

Die Überprüfung erfolge, weil Trump bei einer Zusammenkunft mit Militärführern, die im Frühjahr 2018 im Weißen Haus stattfand, einen Abzug dieser Truppen erwogen habe. Trump sei erstaunt darüber gewesen, dass sich noch rund 35.000 aktive US-Soldaten in Europa befänden, und habe sich gleichzeitig darüber beklagt, dass die Europäer nicht genügend für ihre von der NATO garantierte Sicherheit bezahlten.

Trump's Erwägung hat führende europäische Politiker alarmiert, weil sie nicht wissen, ob der US-Präsident tatsächlich eine Umgruppierung der US-Streitkräfte plant, oder vor dem NATO-Gipfel in Brüssel nur Druck auf die europäischen Verbündeten der USA ausüben will, damit sie ihre seiner Meinung nach zu niedrigen Militärausgaben endlich erhöhen.

US-Offizielle, die sich nur unter der Bedingung, anonym bleiben zu können, zu der bisher nicht an die Öffentlichkeit gedruckenen Überprüfung geäußert haben, betonen, dass es dabei nur um die Untersuchung verschiedener Optionen gehe. Die Militärführung sei noch nicht einbezogen, und das Pentagon habe auch noch nicht den Auftrag erhalten, sich mit der Umsetzung verschiedener Optionen zu beschäftigen.

Ein Sprecher des National Security Council / NSC (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) im Weißen Haus erklärte, der NSC habe das Pentagon noch nicht damit beauftragt, die Folgen einer Verlegung der in Deutschland stationierten US-Truppen zu analysieren. Weil sich das Pentagon aber ständig mit Problemen beschäftige, die bei der Stationierung von US-Truppen im Ausland aufträten, seien auch solche Überlegungen nichts Außergewöhnliches.

Mehrere US-Offizielle vermuteten, das Pentagon nehme die Überprüfung nur vor, um nachzuweisen, dass sich die gegenwärtige Positionierung der US-Truppen in Europa bewährt habe, um Trump von seinen Ab- oder Umzugsgedanken abzubringen.

Pentagonsprecher Eric Pahon teilte mit, es sei weder ein teilweiser noch ein totaler Abzug der in Deutschland stationierten US-Truppen beabsichtigt, und die gegenwärtig laufende Überprüfung sei reine Routine.

"Das Pentagon überprüft regelmäßig alle US-Truppenstationierungen im Ausland und führt ständig Kosten-Nutzen-Analysen durch," erklärte Pahon. "Das ist nichts Neues. Deutschland beherbergt den größten Teil der US-Truppen in Europa; die USA und Deutschland bekennen sich zu den gleichen Werten, und die Beziehungen zwischen beiden Staaten sind tief verwurzelt. Wir stehen zu unseren NATO-Verbündeten und zum NATO-Bündnis."

[Ein weiterer Artikel der *Washington Post* zu dieser Problematik ist aufzurufen unter https://www.washingtonpost.com/world/national-security/after-diplomatic-equivalent-of-a-multiple-car-pileup-us-allies-brace-for-nato-summit/2018/06/26/d9312362-78ad-11e8-80be-6d32e182a3bc_story.html?noredirect=on&utm_term=.8a06205e68fa .]

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden die US-Truppen in Deutschland als Bollwerk gegen eine potenzielle russische Invasion Europas und als Vorposten für US-Operationen in Afrika und im Mittleren Osten angesehen.

Vertreter des Verteidigungsministeriums ließen durchblicken, eine Analyse der Kosten, die bei einem Abzug oder einer Verlegung der US-Truppen aus Deutschland entstünden, sei bereits auf Stabsebene durchgeführt worden, um eine breitere Diskussion über die US-Truppenpräsenz in Europa in Gang zu setzen. Nach einer der regelmäßig zur US-Truppenpräsenz im Ausland durchgeführten Kosten-Nutzen-Analysen sei die Anzahl der im Kalten Krieg in Deutschland stationierten US-Soldaten bereits drastisch reduziert worden (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP05512_040312.pdf).

Wegen der Zweifel, die Trump bezüglich der Bündnistreue der USA geweckt hat, erregen sogar routinemäßige Veränderungen bei den in Europa stationierten US-Streitkräften bei führenden europäischen Politikern Argwohn.

Zu den vom Pentagon geprüften Umzugsszenarien gehören ein Totalabzug aller in Deutschland stationierten US-Truppen und deren Rückverlegung in die USA sowie eine teilweise oder vollständige Verlegung von US-Truppen in Deutschland nach Polen – in einen NATO-Staat, der die vom Bündnis beschlossenen Verteidigungsausgaben voll tätigt und dessen Führung Trump mehr entgegenkommt. [weitere Informationen dazu s. unter <https://www.defensenews.com/global/europe/2018/03/15/results-are-in-heres-how-much-nato-allies-spent-on-defense-in-2017/> (sowie unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/trump-in-polen-dreifacher-angriff-auf-deutschland/20028084.html?ticket=ST-1818616-Wz22TR5ojdJCM3tliaLD-ap6>)].

Erst jüngst hat Polen zugesichert, die Errichtung einer dauerhaften US-Basis in Polen mit mindesten 2 Milliarden Dollar bezuschussen zu wollen (s. http://luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08018_110618.pdf). **Gemeinsam mit anderen NATO-Staaten lassen die US-Streitkräfte bereits regelmäßig Truppen nach Polen und ins Baltikum rotieren**, um die Russen von einer Aggression an der Ostflanke des Bündnisses abzuschrecken (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10117_210617.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09917_180617.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP11917_190717.pdf).

Europäische Offizielle hoffen, den Westen auf dem am 11. und 12. Juli in Brüssel stattfindenden NATO-Gipfel wieder auf eine gemeinsame Linie bringen zu können. Trump kritisiert aber weiterhin, dass viele NATO-Staaten nicht mindestens 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts / BIP für Verteidigung ausgeben, obwohl dieses Ziel nach

einem Beschluss des Bündnisses erst 2024 erreicht werden soll. Die USA geben heute schon etwa 3,58 Prozent ihres BIP für ihre Streitkräfte aus.

Auch vorherige US-Regierungen hatten die Europäer schon (mehr oder weniger erfolglos) aufgefordert, mehr für ihre Verteidigung auszugeben; vielleicht beharrt Trump gerade deshalb auf höheren NATO-Beiträgen. **Wegen zu geringer Verteidigungsausgaben und einer Reihe weiterer Probleme steht der US-Präsident besonders Frau Merkel sehr kritisch gegenüber.**

Letzte Woche wurde die im Weißen Haus herrschende Frustration wieder sehr deutlich – in einem Streit zwischen Trumps Nationalem Sicherheitsberater John Bolton und der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (s. <https://www.stern.de/news/von-der-leyen-spricht-mit-mattis-und-bolton--8134708.html>). Von der Leyen sagte nur zu, die deutschen Verteidigungsausgaben bis 2024 auf 1,5 Prozent des BIP zu erhöhen. Darüber sei das Weiße Haus sehr enttäuscht gewesen, berichteten Offizielle.

[Ein *Washington-Post*-Artikel zu dieser Problematik ist aufzurufen unter https://www.washingtonpost.com/business/economy/trump-calls-for-russia-to-be-reinstated-to-g7-threats-allies-on-trade/2018/06/08/6a13d876-6b15-11e8-bea7-c8eb28bc52b1_story.html?no-redirect=on&utm_term=.631e696acdb6 .]

Ein höherer NATO-Vertreter teilte mit, weder das NATO-Hauptquartier noch die Regierungen anderer NATO-Saaten wüssten, ob Trump seine Pläne über einen eventuellen Abzug oder Umzug von US-Truppen in Europa auf dem NATO-Gipfel zu Sprache bringen werde; alle rechneten aber damit, dass Polen über sein eigenes Angebot sprechen werde. Der Vertreter wollte anonym bleiben, weil er sich vor dem Gipfel nicht offiziell zu den Absichten der Regierung eines Mitgliedsstaates äußern darf.

Verglichen mit den Ausgaben der US-Streitkräfte für ihre Militäranlagen in Deutschland falle das polnische Angebot (über 2 Milliarden Dollar) in die Kategorie "Peanuts", weil zu den Betriebskosten für US-Basen wie das US-Hospital in Landstuhl und die Air Base Ramstein auch noch die Kosten für deren seit 60 Jahren andauernden intensiven Ausbau hinzugerechnet werden müssten.

Der NATO-Vertreter und andere Gesprächspartner glauben, dass die Kosten-Nutzen-Analyse zur US-Präsenz in Deutschland und einem möglichen Abzug auf Trumps Ende letzten Jahres geäußerte Absicht zurückgeht, militärische Maßnahmen gegen Nordkorea zu ergreifen, mit denen er Kim Jong-un "an den Verhandlungstisch zwingen" wollte. Vermutlich habe er deshalb den Druck auf Frau Merkel erhöhen, das Bündnis in Unruhe versetzen und sich selbst als NATO-Gipfel-Verhindere profilieren wollen (um seine Kriegspläne gegen Nordkorea ungestört verfolgen zu können).

US-Verbündete, die dauerhaft US-Truppen beherbergen, zahlen auf verschiedene Weise einen bestimmten Anteil an den Stationierungskosten. Japan und Südkorea leisten nach einer Studie der Rand Corporation, die 2013 für das Büro des US-Verteidigungsministers angefertigt wurde (s. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR200/RR201/RAND_RR201.pdf), einen finanziellen Beitrag, während Deutschland die dort stationierten US-Truppen durch die Bereitstellung von Land, Gebäuden und Infrastruktur sowie durch Zoll- und Steuernachlässe unterstützt.

Gestützt auf Daten aus dem Jahr 2002, kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Deutschland rund 33 Prozent der US-Stationierungskosten trägt. Es ist nicht geklärt,

wie viel Geld mit der Rückholung sämtlicher in Deutschland stationierter US-Soldaten in die USA zu sparen wäre, weil die US-Regierung sie weiterhin bezahlen, ihnen und ihren Familien Unterkunft gewähren und alle sonstigen Personalausgaben tragen müsste. **Außerdem ist ein großer Teil der US-Soldaten in Deutschland an US-Militäreinsätzen außerhalb Europas beteiligt und auch ihre Ausbildung erfolgt überwiegend in Deutschland.**

Vor der Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim durch Russland im Jahr 2014 waren die US-Streitkräfte in Europa jahrelang reduziert worden. Danach war Washington wieder gezwungen, Moskau von weiteren Interventionen abzuschrecken. Die USA und ihre Verbündeten ließen gemischte Brigaden in osteuropäische NATO-Staaten rotieren, und die US-Streitkräfte begannen Panzer und Hubschrauber nach Europa zurückzuholen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02214_070214.pdf).

Schon während seines Wahlkampfes hatte Trump die NATO als "obsolet" (veraltet) bezeichnet und damit auf Deutschland und vor allem auf (die ihn öffentlich kritisierende) Frau Merkel gezielt; in jüngeren Twitter-Botschaften hat er sogar den Machtverlust begrüßt, den sie zu Hause erlitten hat.

Das wenig erfreuliche Treffen Boltons mit Frau von der Leyen fand etwas mehr als ein Jahr nach der Twitter-Botschaft Trumps vom März 2017 statt, in der er Deutschland vorgeworfen hatte, "der NATO und den USA riesengroße Summen für den gewährten Schutz zu schulden".

Auch Richard Grenell, der von Trump nach Deutschland entsandte US-Botschafter, hat die Europäer verärgert – mit seiner Erklärung, er wünsche sich eine "stärkere Rechte" in Europa, obwohl diese von europäischen Regierungen als Bedrohung angesehen wird.

Führende demokratische Abgeordnete haben in dieser Woche einen von Seth Moulton (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Seth_Moulton), einem demokratischen Abgeordneten aus Massachusetts, initiierten Brief an US-Außenminister Mike Pompeo geschrieben und ihn aufgefordert, Grenell abuberufen. Ein Mitarbeiter des Außenministeriums hat den Eingang des Briefes bestätigt, wollte sich aber nicht zu dessen Inhalt äußern.

Während Trump immer noch gegen die NATO wettet – auf dem G7-Gipfel, der kürzlich in Kanada stattfand, hat er ihr vorgeworfen, schlimmer als das Handelsabkommen NAFTA (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen) zu sein, das er bereits aufgekündigt hat – **versuchen Verteidigungsminister Jim Mattis und Außenminister Pompeo die Verbündeten zu beruhigen.**

In einem Hearing zum Haushalt des Außenministeriums, das am Mittwoch stattfand, sprach Pompeo von einer "starken und einigen atlantischen Gemeinschaft," die dazu gebracht werden müsse, "die NATO stärker zu unterstützen".

Die Verwirrung über den Kurs der US-Regierung wird zusätzlich dadurch vergrößert, dass Trump die Beziehungen zu Russland verbessern will, während Pompeo gleichzeitig die Europäer auffordert, die wegen der Annexion der Krim gegen Russland verhängten Sanktionen aufrechtzuerhalten.

"Es wird Zeit, dass die Europäer gemeinsam mit uns den Druck auf Russland verstärken," erklärte Pompeo. Er werde sie davon überzeugen, dass die Fortsetzung der Sanktionen auch im Interesse Europas sei.

Während Trump darüber nachdenkt, Russland die Krim zu überlassen und es wieder in den Kreis der G7 aufzunehmen, besteht Pompeo darauf, dass die Russen die Krim und die "annektierten Teile Georgiens" (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13408_130808.pdf) zurückgeben müssen, und warnt vor der Bedrohung Osteuropas durch Moskau.

Unter Trump hätten die USA ihre Unterstützung für die NATO durch ins Baltikum und nach Polen rotierende Einheiten vergrößert. "Ich behaupte, dass die Trump-Regierung den Druck auf Russland verstärkt hat," verkündete Pompeo. "Das ist nicht zu bestreiten."

Die Pentagon-Analyse zur Stationierung von US-Truppen fällt in eine Zeit, in der Trump den Beziehungen zwischen den USA und Europa mit der Verhängung von Zöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte einen schweren Schlag versetzt und entsprechende Gegenmaßnahmen herausgefordert hat, in der er aus dem Atomdeal mit dem Iran ausgestiegen ist, den die Europäer als Modell für eine friedliche Konfliktlösung ansehen. **Die Entscheidung Trumps, sich am 16. Juli in Helsinki mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu treffen, gibt seiner Europa-Reise eine ganz neue Wendung, weil sie auch einen Zwischenstopp in London einschließt.**

Trotz aller Statements über die Einigkeit und Unverzichtbarkeit der NATO und dem (einigen) Ärger über Trump, wird das Bündnis wohl eine tektonische Verwerfung erleben, und Trump könnte ihn bewirken oder wenigstens die Ursache dafür sein. Nach dem Ende des Kalten Krieges schien der NATO die ursprüngliche Begründung für ihre Existenz abhanden gekommen zu sein. Durch die Balkankriege in den 1990er Jahren und die Kämpfe gegen Terroristen in Afghanistan und anderswo versuchte sie ihren Fortbestand zu rechtfertigen. Das Wiedererstarken Russlands, das erneut zu einer Bedrohung für Europa geworden ist, könnte ihre Existenzberechtigung sichern.

Die Frage, ob das westliche Verteidigungsbündnis noch in das 21. Jahrhundert passt, in dem die Europäer untereinander und mit den USA zerstritten sind und ihre Probleme mit der Wirtschaft, dem Handel und den Flüchtlingen nicht mehr gemeinsam lösen können, in dem sich die Welt durch den unaufhaltsamen Aufstieg Asiens total verändert, muss jedenfalls überdacht und eventuell neu beantwortet werden.

Missy Ryan und Greg Jaffe haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel, der die Euphorie über einen angeblich geplanten Abzug aller US-Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland wie eine Seifenblase zerplatzen lässt, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten. **US-Regierungen mit und ohne Trump werden ihre Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland nur dann abziehen müssen, wenn ein Bundestag mit anderer Mehrheit den Stationierungsvertrag kündigt und den Austritt aus der NATO beschließt. Das haben wir bereits ausführlich in der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf aufzurufenden LUFTPOST nachgewiesen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)**

U.S. assessing cost of keeping troops in Germany as Trump battles with Europe

by John Hudson, Paul Sonne, Karen DeYoung and Josh Dawsey / June 29, 2018

The Pentagon is analyzing the cost and impact of a large-scale withdrawal or transfer of American troops stationed in Germany, amid growing tensions between President Trump and German Chancellor Angela Merkel, according to people familiar with the work.

The effort follows Trump's expression of interest in removing the troops, made during a meeting earlier this year with White House and military aides, U.S. officials said. Trump was said to have been taken aback by the size of the U.S. presence, which includes about 35,000 active-duty troops, and complained that other countries were not contributing fairly to joint security or paying enough to NATO.

Word of the assessment has alarmed European officials, who are scrambling to determine whether Trump actually intends to reposition U.S. forces or whether it is merely a negotiating tactic ahead of a NATO summit in Brussels, where Trump is again likely to criticize U.S. allies for what he deems insufficient defense spending.

U.S. officials, who spoke on the condition of anonymity to comment on the unpublicized effort, emphasized that the exercise is limited to an internal exploration of options. The top military brass are not involved as yet, and the Pentagon has not been tasked with figuring out how to execute any option.

A spokesman for the National Security Council at the White House said in a statement that the NSC had not requested a Defense Department analysis of repositioning troops in Germany. But "the Pentagon continuously evaluates U.S. troop deployments," the statement said, and such "analysis exercises" are "not out of the norm."

Several officials suggested that Pentagon policymakers may have moved ahead with the assessment to prove the worth of the current basing arrangement and dissuade Trump from carrying the thought of withdrawal any further.

Pentagon spokesman Eric Pahon dismissed any suggestion of a full or partial withdrawal from Germany and described such analysis as routine.

"The Pentagon regularly reviews force posture and performs cost-benefit analyses," he said in a statement. "This is nothing new. Germany is host to the largest U.S. force presence in Europe — we remain deeply rooted in the common values and strong relationships between our countries. We remain fully committed to our NATO ally and the NATO alliance."

[After 'diplomatic equivalent of a multiple-car pileup,' U.S. allies brace for NATO summit]

Since the end of World War II, the U.S. troop presence in Germany has been viewed as a bulwark against a potential Russian invasion of Europe and a staging ground for U.S. operations in Africa and the Middle East.

Defense officials said a cost analysis of options for changing that was being conducted at

a staff level to inform a wider discussion about the U.S. troop presence in Europe. As part of the regular analysis of the cost and justification for its troops around the world, the United States has dramatically reduced the size of its force in Germany from Cold War levels.

But persistent doubts in Europe about Trump's commitment to the alliance have made even the possibility of routine changes to American force posture in Europe far more charged.

The redeployment scenarios under study include a large-scale return of U.S. troops stationed in Germany to the United States and a full or partial move of U.S. troops in Germany to Poland — a NATO ally that has met the alliance's defense spending targets and whose leadership is more in tune with Trump.

In recent months, Poland has proposed spending at least \$2 billion to obtain a permanent U.S. base. The U.S. military already fields a rotating force in Poland, with other alliance members doing the same in the Baltic states, as part of a NATO effort to deter increasing Russian aggression along the alliance's eastern flank.

European officials are hoping to emphasize Western unity at the NATO summit July 11 and 12. But Trump remains displeased that many NATO countries fail to spend at least 2 percent of their gross domestic product on defense, a target alliance members agreed to reach by 2024. The United States spends about 3.58 percent of its GDP on defense.

Although several U.S. administrations have called on Europe to spend more, Trump is particularly focused on the balance sheet. He has been especially critical of Merkel, on defense and a range of other issues.

Last week, White House frustration was on display in a contentious meeting in Washington between Trump's national security adviser, John Bolton, and German Defense Minister Ursula von der Leyen. Von der Leyen said German budget projections called for increasing defense spending to 1.5 percent of the country's GDP by 2024. The White House was disappointed with Germany's efforts, according to officials.

[Trump calls for Russia to be reinstated to G-7, threatens allies on trade]

A senior NATO official said that neither the alliance headquarters nor individual member governments had been notified of any Trump plans to raise the issue of withdrawing or repositioning American troops in Europe at the summit, although all are aware of Polish lobbying to place at least some components there. The official spoke on the condition of anonymity to discuss a member government in advance of the summit.

The official said Poland's offer was "peanuts by comparison" to U.S. military investment in Germany, including "the value of 60 years of sunk costs in facilities" such as the Landstuhl military health complex and Ramstein Air Base.

The NATO official and others suggested that the cost analysis of the U.S. presence in Germany and a pullout option was reminiscent of Trump's leaked request last winter for military options to go to war with North Korea, designed "to scare the living daylights out of everyone and get [North Korea] to the table." In this case, the official suggested, the goal may be to "pile more trouble" on Merkel, while rattling the alliance in general and positioning himself as a summit spoiler.

U.S. allies hosting permanent American military footprints pay for a certain portion of the costs in various ways. Japan and South Korea, for example, make cash contributions,

according to a 2013 study the Rand Corp. prepared for the U.S. defense secretary's office, while Germany supports the U.S. troop presence through in-kind contributions such as land, infrastructure and construction, in addition to foregone customs duties and taxes.

Basing its statistics on data from 2002, the study estimated that Germany offset about 33 percent of the costs of U.S. military personnel stationed there. It is unclear how much would be saved by bringing them all home, because the United States would still be responsible for paying them, in addition to housing and other personnel expenses. At the same time, a large portion of the American troops in Germany are engaged in the U.S. military's efforts outside Europe and simply base operations in the nation.

The U.S. military had been drawing down its presence in Europe for years before Russia's annexation of Crimea from neighboring Ukraine in early 2014 prompted a change in posture, with Washington seeking to deter Moscow from further encroachments. U.S. and allied forces began rotating brigades through the eastern members, and the U.S. started returning equipment such as tanks and helicopters to the theater.

Trump's disdain for the alliance — which he declared "obsolete" during his presidential campaign — has clearly been focused on Germany, and on Merkel in particular, including recent tweets saying she was losing her grip on power at home.

Bolton's meeting with von der Leyen, and his emphasis on the bottom line, came more than a year after Trump tweeted in March 2017 that Germany owes "vast sums of money to NATO & the United States must be paid more for the powerful, and very expensive, defense it provides to Germany!"

Trump's ambassador to Germany, Richard Grenell, has also ruffled feathers, telling a conservative news outlet this month he wants to "empower" the European right — a remark that some European governments view as threatening.

Senior House Democrats endorsed a letter this week penned by Rep. Seth Moulton (D-Mass.) calling on Secretary of State Mike Pompeo to fire Grenell. A State Department official confirmed receipt of the letter but did not comment on its contents.

As Trump has railed against NATO — describing it at this month's Group of 7 summit in Canada as "worse than NAFTA," the trilateral trade agreement he has also denounced — allies have been comforted by support from Defense Secretary Jim Mattis and to some extent from Pompeo.

In a Senate hearing on the State Department budget Wednesday, Pompeo spoke of "strong, united Atlantic unity," even as "we have pushed them to increase their willingness to support NATO forces."

Adding to the confusion of the overall U.S. message at a time when Trump is promoting better relations with Russia, Pompeo said the administration was pressuring the Europeans to maintain sanctions against Moscow, imposed over the Crimea annexation.

"It is time for them to care as much about pushing back against Russia as we do" and to "convince them that the sanction regime is important to achieving outcomes that are in the best interest of Europe," Pompeo said.

While Trump has mused about why the alliance continues to ostracize Russia over Crimea and floated the suggestion that Russia be readmitted into the G-7, Pompeo reiterated that

“we reject” Russian occupation of Crimea and Georgia and that the administration recognizes the threat Moscow poses to Eastern Europe.

The United States under Trump, he noted, had increased its funding for NATO forces rotating in the Baltic states and Poland. “I think this administration has been unambiguously tough on Russia,” Pompeo said. “I think that is indisputable.”

The Pentagon analysis of basing in Europe comes as relations between Trump and Europe have plunged over his decision to impose tariffs on steel and aluminum imports, sparking tit-for-tat measures, and to withdraw from the Iran nuclear deal, a pact viewed in Europe as a model for peaceful conflict resolution. The president’s decision to meet with Russian President Vladimir Putin in Helsinki on July 16 also adds a new twist to his trip to Europe, which includes a stop in London.

However, beneath statements about NATO’s unity and indispensability — and the alarm over Trump — the alliance is arguably undergoing a tectonic shift, and Trump may be as much its manifestation as its cause. Having lost its initial reason for being with the end of the Cold War, it found new justifications for existence during the Balkan wars of the 1990s, followed by a focus on Afghanistan and counterterrorism. The resurgence of Russia as a threatening force in Europe recently has endowed the alliance with renewed purpose.

But the question of where the Western defense pact fits into a 21st century in which Europeans disagree among themselves, as well as with the United States, on economic, trade and immigration issues, and in which the world is undergoing a basic realignment with the rise of Asia, has led some to consider a new arrangement.

Missy Ryan and Greg Jaffe contributed to this report.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern